

Laibacher Zeitung.

Nr. 265.

Bräunumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. 7-50.

Dienstag, 18. November.

Insertionsgebühr: Für kleine Insertate bis zu
4 Seiten 25 fr., größere per Seite 5 fr.; bei älteren
Wiederholungen per Seite 3 fr.

1879.

Amtlicher Theil.

5. Bulletin.

In dem subjectiven Befinden Ihrer k. und k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Marie Therese ist eine kleine Erleichterung eingetreten. Die objectiven Krankheitssymptome bestehen noch fort.

Reichenau am 14. November 1879.

Dr. Rollett m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Wehrgegesetzfrage.

Auch in Deutschland verfolgt man mit großem Interesse die gegenwärtig in Österreich-Ungarn stattfindenden parlamentarischen Verhandlungen über das Wehrgegesetz. Besondere Beachtung scheinen uns die Bemerkungen zu verdienen, mit denen die „Nord. Allg. Ztg.“ eine Darstellung des gegenwärtigen Standes der für unsere Monarchie hochwichtigen Angelegenheit begleitet. Das über die Anschauungen in den maßgebenden deutschen Kreisen wohlunterrichtete Blatt schreibt nämlich: „Dem Geiste der Gesetzgebung entspräche es nun, wenn mit den Bestimmungen über das staatsrechtliche und wirtschaftliche Verhältnis der beiden Reichshälfte auch jene über die Einrichtung der Wehrmacht bezüglich der Dauer ihrer Wirksamkeit zusammenfielen, wie dies durch die Regierungsvorlage tatsächlich auch angestrebt wird. Dagegen wird von verschiedenen Seiten, namentlich aber von der liberalen Partei, dahin gearbeitet, eine solche zehnjährige Verlängerung der Grundlage der Wehrverfassung zu verteilen und an deren Stelle eine kürzere Versatzfrist treten zu lassen, wobei sich die „N. fr. Pr.“ durch den Antrag hervorhebt, das Gesetz gar nur von Jahr zu Jahr zu votieren. So viel wir den Ausführungen der verschiedenen Organe entnehmen, entspringen derlei Anträge keineswegs dem Verlangen, an dem Wesen des Gesetzes selbst einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Im Gegentheil erkennt man die Notwendigkeit, an den bestehenden Heereseinrichtungen nicht zu rütteln. Was beabsichtigt wird, ist lediglich eine Rundgebung des Misstrauens für die gegenwärtige Regierung oder die Bestellung einer Art von Pfandrechtes auf dieselbe, ungeachtet selbst dieses Gesetzes eine Bestimmung enthält, welche die tatsächliche Stellung der Rekruten von der alljährigen Zustimmung der Gesetzgebung abhängig macht. Die öffentliche Meinung

in Österreich selbst nimmt mit richtigem Instincte zu dieser Frage nur zögernd Stellung, als fühlte sie, dass man im Begriffe sei, den Parteidader auf ein Gebiet zu verpflanzen, das demselben verschlossen bleiben sollte.

„Die öffentliche Meinung im deutschen Reiche und deren Organe dagegen werden schon aus Rücksicht auf die neuerliche Gestaltung der Beziehungen des deutschen Reiches zur österreichisch-ungarischen Monarchie keiner unberufenen Einmischung in die Angelegenheit des befremdeten Nachbarstaates bezichtigt werden können, wenn sie dem Verlaufe dieser Verhandlungen mit jener ungetheilten Aufmerksamkeit folgen, die eine so wichtige Frage, wie es die Wehrhaftigkeit sein muss, herausfordert. Und von diesem Standpunkt aus ist es allerdings kaum möglich, den Gedanken zu fassen, dass es in Österreich irgend eine nach der Herrschaft ringende Partei geben sollte, die ihre Regierungsfähigkeit nicht anders zu erhärten wüsste, als dass sie dem vielrädrigen Gefüge der dualistischen Staatseinrichtungen auch noch die Ungehörlichkeit einer Armee auf Kündigung einverleiben will. Müsste schon der Geist des Heeres unter dem Bewusstsein leiden, dass die Grundlagen seiner Verfassung, ja seines Bestandes von Jahr zu Jahr in Frage gestellt werden, müsste schon die eigene Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit verlieren angesichts all' der Wechselsfälle, denen die Heereseinrichtungen auf diese Weise preisgegeben würden, so wird man sich doch selbst im Schoße jener Partei, deren Führer mitgewirkt haben an der Schaffung des Gesetzes, das sie heute verleugnen, darüber keiner Läuschung hingeben, dass es die Stellung Österreich-Ungarns im europäischen Concerte und dessen Beziehungen zu seinen Freunden füglich nicht fördern könnte, wenn man allen Ernstes daran gienge, seine Streitkräfte zu einer wandelbaren, von der Partei Gunst und Laune abhängigen Größe herabzudrücken. Schon aus diesen Erwägungen heraus ist zu erwarten, dass schließlich denn doch die Regierungsvorlage den Sieg davon tragen werde, abgesehen von den patriotischen und politischen Motiven, die vom österreichischen Standpunkte selbst in so eminenter Weise für dieselben sprechen.“ —

Die „Presse“ plädiert gleichfalls sehr eifrig für die Erledigung des Wehrgezes im Sinne der Regierungsvorlage. Das Blatt schreibt: „Die Regierung hält an den Grundzügen der gegenwärtigen Wehrverfassung, an der Fortdauer derselben für ein nächstes Decennium und an der bisherigen Friedenspräsenzzeit fest, in der Überzeugung, dass ein Schwanken und Rütteln in diesen Punkten für die Wehrkraft des Staates und für dessen politische Consistenz von un-

berechenbaren schädlichen Folgen begleitet wäre. Aber die Regierung verschließt sich auch nicht der Anerkennung jener Forderungen, welche auf die mögliche Herabminderung der Heereskosten und auf eine thunliche Erleichterung der Militärdienstlast innerhalb des Rahmens der jetzigen Wehrverfassung gerichtet sind. Minister Baron Horst hat selbst in dieser Beziehung bereits einige Abänderungen angekündigt, welche sowohl die militärische als die volkswirtschaftliche Seite betreffen und in kürzester Zeit in einer besonderen Regierungsvorlage zusammengefasst werden. Der Reichsrath kann daher mit Beruhigung einer Verlängerung des Wehrgezes auf zehn Jahre zustimmen, wenn ihm gleichzeitig die Sicherung wird, dass solche Abänderungen, durch welche ohne Beeinträchtigung der Wehrkraft doch eine Erleichterung und Ermäßigung der Militärlasten bewirkt werden können, von der Regierung selbst beantragt werden. Wir sind auch überzeugt, dass die Mehrzahl der Abgeordneten in sich die Erkenntnis trägt, wie wenig sich gerade diese Frage zu irgend einer Partei-Operation eigne. Der Liberalismus kann es sich zur Aufgabe machen, eine freiheitliche Gestaltung des Staatslebens, eine fortschreitende Entwicklung des materiellen Wohlstandes und der Volksbildung zu fördern. Aber er kann sich es niemals zur Aufgabe machen, die Lebenskraft des Staates in seinen Vertheidigungsmitteln zu unterbinden und dem Reiche jene Sicherung seiner Machtstellung zu versagen, durch welche dessen Actionsfähigkeit und dessen Ansehen nach außen bedingt wird. Deshalb hat auch eine oppositionelle Richtung auf diesem Gebiete keine haltbare Grundlage. Es können und sollen berechtigte Wünsche und Forderungen bezüglich einer möglichen Herabminderung des militärischen Haushaltes gestellt und sie sollen auch von Seite jeder Regierung mit sorgfältiger Erwägung aller Interessen berücksichtigt werden. In den Reihen der Fortschrittspartei überwiegt man sich in einer Art von Minuendo-Licitation von Gegenanträgen. Während ein Mitglied der Fraktion das Wehrgez auf drei Jahre mit einigen ziemlich radicalen Änderungen bewilligen will, beantragt ein anderes Mitglied, das Wehrgez unverändert, jedoch nur auf die Dauer eines Jahres zu bewilligen, da in der gegenwärtigen Zeit nicht an der Heeresorganisation gerüttelt werden darf. Also die gegenwärtige Zeit, die so manche Gefahren in ihrem Schoße birgt, wird vorläufig auf ein Jahr bemessen, und für diese Galgenfrist eines Jahres wird der Heeresverwaltung gestattet, sich mit der Ausrüstung, Abrichtung und Manöversfähigkeit einer großen Armee auf Grundlage des jetzigen Wehrgezes zu beschäftigen. Wir müssen

Feuilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“).

(Fortsetzung.)

Wie betäubt sank Valérie auf einen Stuhl nieder. Eine peinliche Pause trat ein.

„Und mein Vater, — lebt er noch?“ fragte sie schwach.

„Wir wissen es nicht. Wir kennen nicht einmal seinen Namen.“

„Und meine Mutter?“ stammelte Valérie.

„Sie ist verschwunden,“ rief Mrs. Reynold, „aber eine Stimme in mir sagt, dass sie noch lebt. Für uns aber ist sie tot!“

Valérie war wie vernichtet von dieser entsetzlichen Enthüllung. Ihre Stirn glühte und ihren Augen entströmten heiße Thränen.

„Erzählen Sie mir alles,“ murmelte sie dumpf. „Und ist die Wahrheit auch noch so furchtbar, — jetzt muss ich alles wissen!“

Mrs. Reynold ließ sich in ihren alten Lehnsessel am Kamin nieder und ein tiefes Schweigen trat für einige Minuten ein.

„Ich will alles erzählen,“ unterbrach nun die alte Frau die Stille. „Sie wollen alles wissen, Valérie, so sei es denn! Emmy war ein schönes Mädchen und unser aller Liebling. Wir schickten sie in ein angesehenes Pensionat nach London, wo sie mit einem

Manne bekannt wurde, der sich Oscar Rochester nannte. Sie heiratete ihn heimlich und schrieb uns, dass sie während der Sommerferien im Pensionat bleiben wolle, um zu ihrer Ausbildung Musikstunden bei einem berühmten italienischen Meister zu nehmen. Sie verließ aber das Institut, als man glaubte, dass sie nach Hause gereist sei. Durch ein Mädchen in dem Pensionat erhielt sie unsere Briefe, die sie regelmäßig beantwortete. Aber dann hörten wir drei Monate lang nichts von ihr. Wir dachten, ihre Briefe seien verloren gegangen oder sie sei erkrankt und wolle uns keine Sorgen verursachen, und reisten nach London.“

Sie hielt inne; ihre Stimme war tief bewegt geworden.

„Erzähle nicht weiter, Mutter,“ sagte Robert. „Das Mädchen weiß genug —“

„Sie soll alles hören,“ versetzte Mrs. Reynold bestimmt und fuhr dann fort: „Als wir im Pensionat nach Emmy fragten, wusste niemand, wo sie war, ausgenommen ein Haussmädchen, welches ihr auch die Briefe zugestellt hatte. Diese gab uns ihre Adresse an und wir fuhren dahin; es war ein einfaches Haus auf der Südseite der Themse. Das Haussmädchen hatte Emmy von unserm Kommen benachrichtigt, und als wir in ihr Logis kamen, hatte sie es verlassen. Aber ihr Kind war vorhanden, und das Kind waren Sie!“

Valérie saß schweigend da und lauschte atemlos den Worten der alten Frau.

„Die Hausherrin sagte uns, dass Emmy fiebrig eines Tages in ihr Haus gekommen sei und in der folgenden Nacht einem Kind das Leben geschenkt habe. Sie hatte sich rechtmäßig verheiratet geglaubt;

aber der Ende hatte sie betrogen und ihr offenbart, dass die Heirat ungültig sei. An dem Tage, an welchem wir sie auffanden, hatte Emmy, als sie in der Regentstreet auf einen Omnibus wartete, ihren vermeintlichen Gatten wiedergesehen. Er saß in einem Wagen mit seiner ihm soeben angetrauten wirklichen Frau. Emmy fuhr tieferschüttert in ihre Wohnung zurück, wo sie bald darauf von dem Haussmädchen die Nachricht von unserer Ankunft erhielt. Sie wagte nicht, mir zu begegnen und ging wieder fort. Aber während wir die furchtbare Botschaft, die ihre Wirtin uns mittheilte, anhörten, schickte sie einen Brief, das Letzte, was wir von ihr hörten. Hier ist das Schreiben. Lesen Sie!“

Sie reichte Valérie den zusammengefalteten Brief, der die letzten Worte enthielt, die Emmy in ihrer Verzweiflung an ihre Mutter geschrieben hatte.

Valérie nahm den Brief und las ihn, kaum imstande, ihr Schluchzen zu unterdrücken. Ein jedes Wort in dem Briefe war ihr die Wehlage einer zerrissenen Seele.

Die fürsorgliche Bitte ihrer Mutter für sie rührte sie bis auf den Grund ihres Herzens. Sie küsste das vergilzte Papier und gab es Mrs. Reynold zurück, welche es an ihrer Brust verbarg.

„Kunnen Sie die ganze furchtbare Geschichte,“ sprach die alte Frau scharf. „Sie haben keinen Namen und keine Heimat. Sie dürfen niemandem Ihre Abkunft erzählen, denn wir haben diese Schmach vor jedermann verheimlicht. Kein Mensch in der Nachbarschaft hat eine Ahnung von Emmys Schicksal. Man glaubt, dass sie in ihrer Jugend und Unschuld starb. O, weshalb musste ich sie so verlieren!“

gestehen, daß uns derartige Anträge gar nicht den Eindruck von ernster Gedankenarbeit zu machen vermögen."

Parlamentarisches.

Im Ministerraths-Präsidium hatten sich über Einladung des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe Freitag abends sämtliche Obmänner und Obmann-Stellvertreter der fünf Clubs des Abgeordnetenhauses bis auf die Abgeordneten Dr. Kopp und Dr. Srom, von welchen der erstere durch Krankheit, der Zweite durch dringende Geschäfte am Erscheinen verhindert war, eingefunden. Außerdem waren sämtliche Minister, der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Coronini, sowie die beiden Vizepräsidenten Dr. Smolka und Baron Goedel erschienen.

Graf Taaffe begrüßte die Versammlung und erörterte in eingehender Rede die Wichtigkeit der Wehrgezettelvorlage und die Notwendigkeit, dieselbe unverändert anzunehmen; er lud sodann die Herren ein, die Wehrvorlage einer Discussion zu unterziehen.

Nach einer längeren Pause, da die Anwesenden lange zögerten, das Wort zu ergreifen, nahm Abg. Ritter v. Grocholski das Wort und verwies darauf, dass eine Reihe von Anträgen zur Wehrvorlage in Vorschlag gebracht worden sind, welche auch bereits in den Clubs und im Wehrausschusse selbst discutiert wurden; er fände es angezeigt, wenn man sich über dieselben auch hier aussprechen möchte; er werde für die Regierungsvorlage stimmen. — Abg. Dr. Rieger sprach ebenfalls für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage; wenn auch die hohe Belastung durch das Kriegsbudget eine bedauerliche Sache sei, so stehe derselben doch die Notwendigkeit gegenüber, die Wehrkraft dem Bedürfnisse des Staates entsprechend zu erhalten.

Abg. Dr. Weeber besprach die Stellung der Verfassungspartei der Wehrvorlage gegenüber, indem er insbesondere die schwere finanzielle Belastung betonte, welche durch dieselbe hervorgerufen werde.

Graf Hohenwart betonte, dass für ihn insbesondere der Ausspruch der Fachmänner ausschlaggebend sei, welche eine Verminderung der Wehrkraft oder eine Störung im Wehrorganismus, wie sie durch manche der bekannt gewordenen Anträge herbeigeführt werden könnte, als unstatthaft erklären; er müsse sich daher für die unveränderte Annahme der Wehrvorlage entscheiden.

Abg. Dr. Sturm entwickelte auf Grund der Staatsrechnungsabschlüsse das Anwachsen des Ordinariums im Kriegsbudget, welches gegenwärtig durch die Auslagen für Bosnien auf lange Zeit hinaus noch in viel höherem Maße gesteigert erscheine. Lässt man aber alle technischen und finanziellen Fragen bei Seite, so müsse man sich fragen, warum die Wehrfrage zum Hebel für geplante Verfassungsänderungen benutzt werden soll. Wenn alle Gründe zusammengefasst werden, machen sich gegen die Annahme der Vorlage starke Bedenken geltend.

Abg. Ritter v. Grocholski verwies auf den ungarischen Gesetzartikel 12, welcher das Heerwesen als eine Angelegenheit bezeichnet, welche nach gemeinsamen Grundsätzen zu behandeln ist. Dadurch erscheine es gerechtfertigt, die Verlängerung des Wehrgezettel für denselben Zeitraum zu beschließen, für welchen der Ausgleich mit Ungarn abgeschlossen wurde.

Minister Baron Horst bestätigte diese Ansicht, während Dr. Sturm behauptet, dass unter Heerwesen wohl die Organisation und das Wehrgezetz, aber nicht die Feststellung der Kriegstärke zu verstehen sei.

Hiermit schloss die Discussion. Graf Taaffe dankte der Versammlung für ihr Erscheinen, indem er die Erwartung aussprach, dass der angebahnte Kontakt zwischen Abgeordneten und Regierung erhalten bleiben werde. Im Laufe der Besprechung wurden vom Ministerpräsidenten das Wehrgezetz, Buchergesetz, das Budget und die Vorlage bezüglich Istriens als diejenigen bezeichnet, deren Erledigung am dringendsten erscheint. Die Conferenz wähnte von 7 bis 10 Uhr abends. —

In der am Freitag nach der öffentlichen Sitzung stattgehabten vertraulichen Besprechung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die Parlaments-Baucommission bestellt. In dieselbe wurden gewählt außer dem Präsidenten Grafen Coronini die Abgeordneten: Hohenwart, Grocholski, Rieger, Fanderlik, Dunajewski, Magg, Kuranda, Suttner, Bareuther; in das engere Comité wurden entsendet: Baron Goedel und Dumba. Hierauf theilte der Präsident mit, dass seitens des Präsidiums des Herrenhauses eine Zuschrift eingelangt ist, in welcher darauf hingewiesen wird, dass der letzte Bericht der Staatschulden-Controlscommission vom Abgeordnetenhaus parlamentarisch erledigt worden sei, während das Herrenhaus darüber keinen Beschluss gefasst habe. Das Herrenhaus ersuche deshalb um eine Meinungsausserung des Abgeordnetenhauses, was diesfalls zu geschehen habe, insbesondere, ob es der Ansicht sei, dass der Gegenstand nunmehr von beiden Kammerneuerdings behandelt werden müsse. Hierüber entspann sich eine Discussion, in welcher von den Abgeordneten Horst und Sturm die Ansicht ausgesprochen wurde, dass für das Abgeordnetenhaus kein Anlass vorliege, über den Bericht der Controlscommission neuerdings zu beschließen, da es denselben bereits zur Kenntnis genommen habe. Die damals gleichzeitig vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Resolutionen seien kein Hindernis, dass das Herrenhaus jetzt allein und nachträglich über die Angelegenheit verhandle, da Resolutionen niemals der Gegenstand einer identischen Beschlussfassung durch beide Häuser sein müssen. Es sei also jetzt bloß Sache des Herrenhauses, in welcher Weise es diesen Bericht erledigen wolle. Dieser Ansicht wurde vom Abg. Grocholski entgegengetreten.

Abg. Srom erklärte als derzeitiger Präsident der Staatschulden-Controlscommission, dass die letztere der in den Resolutionen des Abgeordnetenhauses enthaltenen Aufforderung entsprechen werde. Schließlich bemerkte der Präsident, dass er bei so verschiedenartiger Auffassung sich darauf beschränken werde, dem Präsidium des Herrenhauses über diesen Meinungsaustausch Mittheilungen zu machen. —

Der Immunitätsausschuss hat sich konstituiert und den Abg. Freiherrn v. Gödel-Lanoy zum Vorsitzenden, den Abg. Dr. August Weeber zu dessen Stellvertreter und die Abgeordneten Dr. Victor Fuchs und Dr. Ritter v. Jaksch zu Schriftführern gewählt. Die beiden eingelangten Klagen und Widerklagen der Abgeordneten Dr. Waibel und Dr. Delz wurden über Beschluss des Ausschusses einem Referenten, als welcher Abg. Dr. Granitsch gewählt wurde, zur Berichterstattung zugewiesen.

Nach der freitägigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand eine Sitzung des Gewerbe-Ausschusses statt, in welcher Abg. Dr. Weigel dem Ausschusse die Mittheilung machte, dass ihm der Handelsminister erklärt habe, es werde dem Abgeordnetenhaus nicht der Entwurf einer neuen Gewerbe-Ordnung, sondern der Entwurf einer Novelle zur bestehenden Gewerbe-Ordnung vorgelegt werden, und zwar werde die Unterbreitung dieser Vorlage schon nach einigen Tagen erfolgen. Gemäß des in der letzten Ausschusssitzung gefassten Beschlusses hat sich bis zum Bekanntwerden dieser Vorlage der Gewerbe-Ausschuss vertagt.

Staatshilfe für die Notleidenden in Istrien, Görz und Gradiska.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung von Vorschüssen aus Staatsmitteln für die durch Notstand heimgesuchten Gegenden der Markgrafschaft Istrien und der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska, welcher in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses von dem Herrn Ministerpräsidenten und Leiter des Ministeriums des Innern, Grafen Taaffe, zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt und von dem Abgeordnetenhaus sofort in erster Lesung dem Budgetausschusse zur Beratung zugewiesen wurde, enthält folgende Bestimmungen:

§ 1. Die Regierung wird ermächtigt, behufs Unterstützung der durch Missernte vom Notstand heimgesuchten hilfsbedürftigen Landbevölkerung der Markgrafschaft Istrien und der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska unverzinsliche Vorschüsse aus Staatsmitteln zur Beschaffung von Saatgetreide bis zum Betrage von 60,000 fl. gegen dem zu gewähren, dass die Haftung für die Rückzahlung dieser Vorschüsse an den Staatschatz von den Landesfonds nach Verhältnis des jedem dieser Länder zukommenden Theilbetrages und, so lange diese Haftung nicht eintritt, von den Gemeinden rücksichtlich der ihren Mitgliedern erfolgten Vorschüsse übernommen werde. Die Vertheilung an die Hilfsbedürftigen hat durch die Staatsbehörde zu erfolgen.

§ 2. Die gewährten Vorschüsse sind vom 1ten Jänner 1881 an in fünf gleichen Jahresraten zurückzuzahlen.

§ 3. Rechtsurkunden, Eingaben und Protokolle über diese Vorschüsse sind stempel- und gebürenfrei.

§ 4. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind die Minister des Innern und der Finanzen beauftragt." —

Der Motivenbericht, welcher diesem Gesetzentwurf beigegeben ist, lautet: "Die abnormalen Witterungsverhältnisse dieses Jahres, insbesondere anhaltendes Regenwetter im Winter und Frühjahr, sodann unausgesetzte Dürre im Sommer haben in dem größten Theile Istriens und in mehreren Bezirken von Görz, Gradiska einen nahezu vollständigen Misswachs aller Bodenprodukte herbeigeführt. Zahlreiche Eingaben von Gemeinden aus diesen Landesteilen, die Neuvergärten der Ackerbaugesellschaften und der Landesausschüsse, sowie die politischen Bezirksbehörden stimmen darin überein, dass die Calamität eine große ist, dass der Notstand unter der ackerbauenden Bevölkerung um so fühlbarer hervortritt, als die Missernten vorhergegangener Jahre die ökonomischen Kräfte dieser Bevölkerung erschöpft haben, dass daher besondere und umfassende Vorkehrungen erforderlich sind, um die allgemeine Notlage in jenen Gegenden zu lindern und die nachtheiligen Folgen derselben thunlichst zu beschränken.

Plötzlich sah sie eine weibliche Gestalt hinter dem Geistreuch im Garten hervortreten und sich langsam und vorsichtig dem Hause nähern. Wie lange die Gestalt in dem Schatten der Büsche standen, konnte sie nicht wissen, aber sie sah, dass ihre Augen unverwandt auf die Fenster der Wohnstube gerichtet waren.

Valerie hielt ihren Atem an. Wer möchte die Fremde sein? Und wie geheimnisvoll war ihr Benehmen!

Die Frauengestalt war in einen langen Mantel gehüllt, der ihr bis zu den Füßen reichte. Der Kopf war von einem breiten Hut verdeckt, so dass von dem Gesicht nichts zu sehen war.

Sie hatte sich dem Hause bis auf wenige Schritte genähert und blieb im Schatten eines Baumes stehen, von wo aus sie das ganze Zimmer übersehen konnte.

Valerie öffnete ihr Fenster und sah hinaus. Die geheimnisvolle Gestalt schien das leise Geräusch vernommen zu haben. Sie blickte auf, und als sie die Umrisse eines menschlichen Kopfes sah, zog sie sich eilig zurück und eilte der offenen Gartenthür zu.

Valerie verließ eiligst den Platz am Fenster, öffnete die Thür, eilte die Treppe hinab in den Hof und durch den Garten auf die Straße; als sie aber dieselbe erreichte, war die Gestalt verschwunden wie ein Gespenst.

"Wer kann sie sein?" dachte das Mädchen erregt. "Wäre es möglich? Könnte es meine Mutter sein? Meine arme, betrogene, unglückliche Mutter?" (Fortsetzung folgt.)

Sie erhob ihre Hände und ein Schrei des tiefsten Schmerzes entzog sich ihrer Brust.

"Sie werden einsehen, dass sie nicht mehr auf Reynold Farm bleiben können," wandte sich jetzt Robert an das wie vernichtet dastehende junge Mädchen. "Ich werde Sie morgen früh selbst nach Maidstone bringen, so dass Sie mit dem ersten Zug nach London fahren können. Sie werden nach Warwick zu Mr. Peason gehen und ihn verlassen, Ihnen eine Stelle als Erzieherin zu verschaffen. Sie dürfen Sir Arthur nicht wiedersehen. Dennoch Sie werden jetzt von der Unmöglichkeit einer Heirat mit ihm überzeugt sein."

Valerie wollte sprechen, aber ihre Stimme versagte.

"Es ist nicht nötig, diese Unterredung länger auszudehnen," sagte Mrs. Reynold, sich erhebend. "Sie werden unsern Namen nicht weiter führen und unser Haus verlassen; aber Sie sollen nicht ohne Mittel gehen. Die Ausgaben für Ihre Erziehung sind von dem Gelde bestrikt worden, welches für Emma ausgezahlt war. Der Rest soll für Sie stehen bleiben, bis Sie ihn gebrauchen. Robert wird Ihnen morgen fünfzig Pfund geben; damit werden Sie ausreichen, bis Sie ein Unterkommen gefunden haben."

Valerie erhob sich und trat auf sie zu.

"Großmutter!" rief sie mit einer Stimme voll Verzweiflung und inständiger Bitte.

Die alte Frau wandte sich voll Zorn und Entzürkung zu ihr.

"Wagen Sie nicht, mich bei diesem Namen zu nennen!" rief sie heftig, "ich will ihn von Ihren Lippen nicht hören. Sie sind mir und uns allen eine Fremde!"

Sie verließ hastig das Zimmer.

Robert erhob sich ebenfalls und wollte seiner Mutter folgen.

"Dunkel Robert!" rief das Mädchen, "was habe denn ich verschuldet?"

"Die Sünden der Eltern sollen heimgesucht werden an den Kindern," erwiderte der Farmer streng. "Es ist so der Lauf der Welt!"

Valerie's brennende Augen ruhten eine Weile durchbohrend auf dem unbeweglichen Antlitz des Mannes, dann schritt sie langsam und schwankend aus dem Zimmer, stieg die Treppe hinan und suchte ihr Dachkämmerchen auf. Sie verriegelte die Thür hinter sich. Dann sank sie auf ihre Knie, das Gesicht mit beiden Händen verdeckend, während heiße Thränen durch die feinen weißen Finger perlten. Stundenlang lag sie auf ihren Knieen und kämpfte mit ihrer Seelenangst. Würde Sir Arthur sie von sich stoßen, wie ihre Verwandten sagten? Und wenn er nicht von ihr lassen wollte, würde es recht sein, den Makel, der auf ihrer Geburt haftete, mit seinem Namen zu verdecken?

Es war zehn Uhr, als sie sich erhob und nach dem Fenster wankte. Die Nacht war still. Der Mond schien hell und sein bleiches Licht übersetzte den Garten, die schattigen Wege und die Felder. Durch die Fenster des Familienzimmers erhellt der Schein des Lampenlichtes den Hof.

Valerie sah vor ihrem inneren Auge ihre Großmutter und ihren Onkel an dem alten Tische sitzen und die Londoner Zeitungen lesen, wie es ihre Gewohnheit war. Es fiel ihr jetzt ein, dass ihr allabendliches Suchen in den Zeitungen gewiss einer Nachricht von der verlorenen Tochter des Hauses galt.

Nach den vorliegenden, vom Statthalter des Küstenlandes eingeholten umständlichen Berichten der Bezirkshauptmannschaften herrscht ein intensiver Nothstand: a) In Istrien: in den politischen Bezirken Mitterburg, Parenzo und Pola, dann im Gerichtsbezirk Pinguente und einigen Ortschaften des Gerichtsbezirk Capodistria (politischer Bezirk Capodistria); ferner auf mehreren der quarnerischen Inseln (politischer Bezirk Lussin), deren Bewohner ausschließlich auf den Landbau angewiesen sind, endlich im Gerichtsbezirk Castelnuovo und in mehreren Gemeinden des Gerichtsbezirk Bolosca (politischer Bezirk Bolosca); b) in Görz-Gradisca und im Gerichtsbezirk Canale (politischer Bezirk Görz); im politischen Bezirk Lesana und in den Niederungen des politischen Bezirk Gradisca.

Die gepflogenen Erhebungen haben ergeben, dass nur wenige Gemeinden, und diese nur mit geringfügigen Mitteln, dem Bedarfe an localer Versorgung armer, arbeitsunfähiger Personen entsprechen können. Weitere größere Mittel zur Bekämpfung des Nothstandes stehen den Gemeinden dort im allgemeinen nicht zugebote, und auch die beiden Landessfonds von Istrien und Görz-Gradisca sind bei der Beschränktheit ihrer größtentheils aus Steuerzuschlägen bestehenden Einkünften nicht imstande, dem Uebel in wirksamer Weise zu begegnen.

Unter diesen Umständen bringt der Statthalter die Hilfe des Staates als eine unabsehbare gebotene Vorkehrung zur Linderung des Nothstandes in Antrag. Zu diesem Ende wären eines Theils Unterstützungen für arme, arbeitsunfähige Individuen in den einzelnen Gemeinden, wo die Vocalmittel hiezu nicht ausreichen, in dem rücksichtlich des Betrages und der Zeitdauer auf den äußersten Bedarf beschränkten Ausmaße zu bewilligen, anderentheils aber auch Vorschüsse aus Staatsmitteln zur Beschaffung des Saatgetreides (Weizen, türkischer Weizen, Gerste und Fisolen) für unbemittelte kleine Grundbesitzer so wie zur Vornahme größerer öffentlicher Bauten (zumeist Straßenbauten) zu gewähren, und durch diese Bauten der arbeitsfähigen Bevölkerung Gelegenheit zur Erwerbung des Lebensunterhaltes zu verschaffen. Als die dringendste, weil durch die vorgeschriene Herbstzeit bedingte Vorkehrung erscheint die Beschaffung der Weizensaat, für welche der Statthalter in den hiebei in Betracht kommenden Gegenden auf Grund der diesfalls gepflogenen Erhebungen als den auf das äußerste Minimum reduzierten Bedarf die Summe von 60,000 fl. bezeichnet, um damit das erforderliche Quantum an Weizensaatfrucht anschaffen zu können. Da der Weizenbau dortzulande nur noch im Monate November geschehen kann, stellt sich die Vorschussertheilung für die Bestellung dieser Saatfrucht als diejenige Maßnahme dar, welche im Zwecke der Nothstandsbekämpfung zunächst dazu dienen soll, den kleinen Grundbesitzern die Bestellung ihrer Felder mit Weizen noch jetzt zu ermöglichen und sie vor weiteren ökonomischen Bedrängnissen in der Folgezeit zu schützen, während das Erfordernis für die übrigen Staatsfrüchte sich erst späterhin ergeben wird. Indem sonach die Beschlussfassung in dieser letzteren Hinsicht so wie rücksichtlich der übrigen vom Statthalter ursächlich des Nothstandes beantragten Vorkehrungen einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben kann, soll mit dem gegenwärtigen Gesetzentwurf einstweilen nur dem augenblicklichen Bedürfnisse Rechnung getragen werden.

Was die Frage der Haftung für die zu ertheilenden Vorschüsse anbelangt, so hat die in dieser Beziehung im Gesetzentwurf beantragte Bestimmung darin ihren Grund, dass die Uebernahme der Haftung der Landessfonds, zu der sich die beiden Landesausschüsse schon bereit erklärt haben, noch von der Zustimmung der Landtage abhängt. Die Rückzahlung der Vorschüsse an den Staatschaz in fünf Jahren vom Jahre 1881 an dürfte in den obwaltenden Verhältnissen und durch ähnliche Bugestdnisse in anderen Fällen begründet sein.

Erleichterungen im Legalisierungsverfahren.

Der Herr Justizminister Dr. v. Stremayr hat in der am 14. d. M. stattgefundenen Sitzung des Abgeordnetenhauses zwei Regierungsvorlagen zur verfassungsmässigen Behandlung vorgelegt.

Der Gesetzentwurf über die Entbehrlichkeit der Legalisierung gewisser Unterschriften auf Tabularurkunden und über Erleichterungen des Beweises der Identität einer Person bei Legalisierungen und anderen Beurkundungen enthält folgende Bestimmungen:

§ 1. Dem gesetzlichen Erfordernisse der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung der Unterschriften von Privaturkunden zum Zwecke einer grundbücherlichen Einverleibung ist genügt, wenn die Echtheit der Unterschrift derjenigen Person beglaubigt ist, deren Recht beschränkt, belastet, aufgehoben oder auf eine andere Person übertragen werden soll.

§ 2. Wenn die Unterschrift des Ausstellers einer Privaturkunde gerichtlich oder notariell beglaubigt ist, so bedarf es zum Zwecke der grundbücherlichen Einverleibung nicht der durch die §§ 434 und 445 des

allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, dann durch § 114 der allgemeinen Gerichtsordnung, § 182 der westgalizischen Gerichtsordnung, § 181 des Regolamento giudiziario angeordneten Mitsfertigung von Zeugen.

§ 3. Die Feststellung der Echtheit der Unterschrift auf einer Privaturkunde durch gerichtliche oder notarielle Beglaubigung ist nicht erforderlich, wenn diese Urkunde mit der genehmigenden Erklärung einer Staats- oder Landessbehörde versehen ist, welche berufen erscheint, die Interessen desjenigen wahrzunehmen, dessen Recht beschränkt, belastet, aufgehoben oder auf eine andere Person übertragen werden soll.

§ 4. Wenn zu einer gerichtlichen Legalisierung Identitätszeugen beizuziehen sind, so müssen dieselben mindestens zwanzig Jahre alt, vollkommen glaubwürdig und dem Richter, welcher die Identität einer Person festzustellen hat, persönlich bekannt sein. Eine Frauensperson kann nur als zweiter Identitätszeuge beigezogen werden. Die vorstehenden Bestimmungen sind auch für die Beurtheilung der Beschaffenheit der Identitätszeugen maßgebend, welche ein Notar zum Zwecke der Errichtung eines Notariatsactes oder der Vornahme einer Legalisierung oder einer anderen Beurkundung beizuziehen hat. Eine bei ihm bedienste Person kann ein Notar nur als zweiten Identitätszeugen beziehen. Wird die Identität einer Person durch den zur Errichtung eines Notariatsactes oder zur Vornahme einer Legalisierung oder einer anderen Beurkundung gezogenen zweiten Notar bestätigt, so entfällt die Beziehung von Identitätszeugen.

§ 5. Bei gerichtlichen oder notariellen Legalisierungen so wie bei anderen notariellen Beurkundungen kann die Beziehung eines zweiten Identitätszeugen entfallen, wenn derjenige, dessen Unterschrift zu beglaubigen ist, Legitimationsspapiere, wie Auszüge aus den Geburts- oder Ehematriken, Heimatscheine, Reisepässe, Anstellungssätze, Immatrikulationscheine, Diensteszeugnisse, amtliche Verständigungen und dergleichen beibringt, deren Besitz für die Annahme der Identität des Vorweisenden mit demjenigen, für welchen ein solches Papier bestimmt ist, spricht, und wenn sich gegen diese Annahme ein Bedenken nicht ergibt. Das vorgewiesene Legitimationsspapier ist sowohl in dem über die Amtshandlung aufgenommenen Protokolle als in der Beurkundung genau zu bezeichnen.

§ 6. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist der Justizminister beauftragt. —

Der Gesetzentwurf, wirkam für Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, betreffend die grundbücherliche Einverleibung auf Grund von Privaturkunden in geringfügigen Grundbuchsachen, enthält folgende Bestimmungen:

§ 1. In geringfügigen Grundbuchssachen wird das zum Zwecke einer grundbücherlichen Einverleibung vorgeschriebene Erfordernis der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung der Unterschriften einer Privaturkunde durch die den Vorchristen dieses Gesetzes entsprechende Mitsfertigung von zwei männlichen Zeugen ersezt, wenn die Einverleibung in dem einem Gerichtshofe erster Instanz zugewiesenen Sprengel, in welchem die Urkunde errichtet wurde, erfolgen soll. Die Zeugen haben der Unterschrift ihres Vor- und Zunamens die Angabe ihres Gewerbes oder ihrer Beschäftigung, ihres Wohnortes sowie die Erklärung eigenhändig beizutragen, dass ihnen derjenige, dessen Unterschrift sie als echt bestätigen, persönlich bekannt sei.

Als geringfügig gilt eine Grundbuchssache, wenn die Urkunde, auf deren Grund eine Einverleibung erfolgen soll, den Betrag einer Forderung oder den Preis oder den Wert einer Liegenschaft oder eines Rechtes bestimmt, und wenn die angegebene Summe oder Zinsen und Nebengebühren den Betrag von 100 fl. österr. Währ. nicht übersteigt. Auf landäffliche Urkunden, dann auf Vollmachten finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

§ 2. In denjenigen Ländern, in welchen dieses Gesetz nicht sofort in Wirksamkeit tritt, hat die Regierung dasselbe auf dem Verordnungswege einzuführen, sobald sich der Landtag für dessen Einführung ausspricht. — § 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist der Justizminister beauftragt.

Gagesneuigkeiten.

— (Freiherr v. Lasser.) In dem Besinden des seit einigen Tagen schwer erkrankten Ministers a. D. Freiherrn v. Lasser ist im Laufe der letzten zwei Tage insoferne eine Verschlimmerung eingetreten, als nun auch die rechte Körperfläche minder beweglich ist. Die Nächte verliefen verhältnismässig ruhig.

— (Ein neues Gewächshaus in Schönbrunn.) Auf Kaiserl. Befehl wird im botanischen Garten in Schönbrunn ein Gewächshaus erbaut, welches nicht allein in Bezug auf seine Ausdehnung, sondern auch in Rücksicht innerer Eintheilung zu den sehnswürdigsten Objecten dieser Art in Europa gehören dürfte. Bereits erheben sich die Fundamente zu dem herrlichen Pflanzensaal, der mit mehreren Kuppeln aus feinem Glase geschmückt sein wird, über das Niveau. Der botanische Garten, welcher im Jahre 1753 angelegt wurde, hatte

vierzehn Treibhäuser. Den Glanzpunkt derselben bilden die Aroiben, welche in zweihundert verschiedenen Arten vertreten sind. An diese reihen sich die Baumfarben, die jetzt mit Recht beliebten Orchideen und die Palmen, letztere in siebzig Arten vertreten, an. Kurz vor dem Tode der Kaiserin Maria Theresia (1780) erlitt der botanische Garten einen schweren Verlust. Als Reminiszenz mag hier gelten, dass während einer sehr kalten Nacht ein Gehilfe es unterließ, das große Treibhaus zu heizen. Durch diese Nachlässigkeit gingen viele der seltensten Pflanzen zugrunde, namentlich die Zimmetbäume.

— (Bulukäffern in Prag.) Die seit kurzem im Theater Capera in Prag als Gymnastiker und ethnographische Specialität gastierende Gruppe von Original-Bulukäffern hat vorgestern in Prag einen argen Straßenscandal verübt, der ihrem dortigen Gastspiele voraussichtlich ein vorzeitiges Ende bereiten dürfte. Provociert wurde derselbe allerdings durch einen übermuthigen Straßenzungen, der die in den Gassen Prags ruhig promenierenden Bulus ohne Veranlassung mit Schneeballen bewarf und hiebei einen derselben leicht verlegte. Darüber eröst, setzten die Bulus dem Burschen, der sich in eine Rasierstube am Petersplatz flüchtete, nach. Der Bursche entkam durch eine Seitenthür, worauf die Bulus die Spiegel und Fenster der Rasierstube zertrümmerten und dem Jungen in einen gegenüberliegenden Greißlerladen nachjagten, wo sie gewaltige Verwüstungen anrichteten. Vier Mann der Jägertruppe eilten mit einem Polizeiwachmann zur Hilfe herbei. Bei dem nun entstehenden Handgemenge wurden zwei Bulus durch die blanken Waffen verwundet. Einer erhielt eine tiefe Kopfwunde und mehrere Stiche, ein anderer einen Stich in die Brust. Unter einem großen Menschenandrang wurden die Verwundeten in das Spital gebracht.

— (Weiße Hirsche.) Auf der gräflich Osvald Thun'schen Herrschaft Sebuschitz werden, wie das "Prager Tagblatt" berichtet, in dem 500 Joch umfassenden Thiergarten etwa 250 Stücke Hochwild gehetzt. Die Tendenz der Kreuzung ist auf weiße Thiere gerichtet, von denen es etwa zwei Drittel daselbst gibt, gewiss bezüglich der großen Zahl ein Unicum in Böhmen. Nebstbei werden rothe Hirsche und acht Stücke Damwild daselbst gehetzt. Kürzlich wurde ein mächtiger amerikanischer weißer Hirsch zur Büch importiert.

— (Kampf mit einem Wolfe.) Wie die "Narodni Noviny" berichten, wurde kürzlich ein Taglöhner auf der Straße zwischen Lipik und Izidorháza im Banat plötzlich von hinten angefallen und zu Boden geworfen. Der arme Arbeiter begriff anfangs gar nicht, was mit ihm vorgehe, gewährte aber bald mit Schreden, dass der Angreifer ein großer Wolf sei, der ihn beim Fuße packte, um ihn in das nächste Gestüpp zu zerren und dort wahrscheinlich zu verspeisen. In größter Verzweiflung ließ sich der Taglöhner, obwohl unbewaffnet, in einem Kampf mit dem Wolf ein und trug von diesem Raubthiere nicht weniger als 30 Biss- und Krallenwunden am Kopf, Gesicht, Armen und Füßen davon und wäre unzweifelhaft verloren gewesen, wenn nicht ein herangefahren kommender Wagen den Wolf verschreckt hätte. Der Taglöhner nahm alle seine Kräfte zusammen, um sich in das Dorf Lipik zu schleppen, wo ihm die ersten Verbände angelegt wurden und von wo er in das Landesspital in Pakrac überführt wurde, doch ist geringe Aussicht vorhanden, ihn am Leben zu erhalten.

— (Fige Idee.) Von einer sonderbaren figen Idee wird seit kurzem der Inhaber einer renommierten Brauerei in Berlin beherrscht. Er lebt in dem Wahne, dass wir einen sehr harten Winter zu erwarten hätten und dass es daher nötig sei, sich rechtzeitig dagegen durch den Ankauf möglichst vieler Pelzsachen und Wäsche zu schützen. Der Betreffende ist in der Lage, an seine fige Idee große Summen zu wenden, und so mietete er eines schönen Tages einen Möbelwagen, mit welchem er eine Einkaufsfahrt nach Pelzgeschäften und Wäsche-laden unternahm. Nachdem er bereits Einkäufe im Betrage von 30,000 Mark gemacht und bar bezahlt hatte, erhielten die Angehörigen Nachricht von diesem Beginnen und machten denselben zur Betrübnis der Verkäufer sofort ein Ende. Der Brauereibesitzer ist einer Privatirrenanstalt zur Pflege übergeben worden, und wegen seiner Einkäufe dürfte sich noch ein interessanter Proces mit den betreffenden Geschäftsinhabern entwickeln, weil diese sich durchweg weigern, die zu guten Preisen losgewordenen Waren selbst gegen eine namhafte Entschädigung wieder zurückzunehmen.

— (Observatorium auf dem Aetna.) Auf dem Aetna wird demnächst ein Observatorium für seismologische, meteorologische und astronomische Beobachtungen errichtet werden. Das Gebäude soll in der Nähe der sogenannten Casa degl' Inglesi, das aus der Zeit der englischen Occupation der Insel im Jahre 1811 stammt, 9652 Fuß über dem Meeresspiegel erbaut werden, wo die Reinheit der Luft dem unbewaffneten Auge die Kraft eines schwachen Fernrohrs in die Tiefe verleiht und schon die Venus einen Schatten wirft. Die Kosten werden von der italienischen Regierung und zum Theile auch von der Universität in Catania bestritten. Dieses Observatorium wird das zweithöchste der Welt sein. Die

Signalstation auf der Spize des 14,336 Fuß hohen Pike-Pik in Colorado ist bekanntlich das höchste Gebäude der Erde.

Locales.

— (Amtsentsezung.) Der Gemeindevorsteher von Großgabre im Bezirke Littai, welchem bekanntlich eine mehrtägige Verheimlichung der in jener Gemeinde ausgebrochenen Kinderpest zur Last fällt, ist von der k. k. Landesregierung einverständlich mit dem Landesausschüsse seines Amtes entsezt worden.

— (Garnisonswechsel.) Das zur Verstärkung der hiesigen Garnison für die Dauer der Rekrutenaufzucht beim 17. Reservecommando nach Laibach dislozierte Halbbataillon des Infanterieregiments Freiherr v. Hes Nr. 49 verlässt am 23. d. M. unsere Stadt und kehrt in seine eigentliche Garnison nach Görz zurück. Am folgenden Tage rückt das für Laibach bestimmte dritte Bataillon des Infanterieregiments König der Belgier Nr. 27 hier ein und wird in der Coliseumskaserne bequartiert. Commandant des Bataillons ist der Herr Major Mentsch.

— (Truppen durchzüge.) Gestern um 7 Uhr 39 Minuten abends passierten zwei Bataillone mit dem Stabe des nach neunjähriger Garnisonierung in Brünn nach Mostar übersezten Infanterieregiments Freiherr v. Kosztschacher Nr. 71 die Station Laibach. Heute um die gleiche Abendstunde trifft das dritte Bataillon des genannten Regiments auf der Durchfahrt hier ein. — Uebermorgen, den 20. d. M., um 9 Uhr 22 Minuten vormittags trifft das bisher in Wittingau in Böhmen in Garnison gelegene 14. Jägerbataillon auf der Fahrt nach Livno in Laibach ein und wird auf dem Bahnhofe verkündigt.

— (Gemälde.) Die hiesige Malerin Fräulein Ida Kühl hat soeben ihr neuestes Werk „Esperanza“ nach Guido Reni vollendet, und ist das sehenswerte Bild seit einigen Tagen in Bamberg's Buchhandlung am Congressplatz ausgestellt. Mit Vergnügen bemerken wir an dieser Leistung die eifigen Bestrebungen und den unermüdlichen Fleiß der jugendlichen Malerin, deren sichtliche Fortschritte die Anerkennung aller Kunstmfreunde finden dürften.

— (Gemeinde-Neuwahl.) Aus Flödnig wird uns geschrieben, dass bei der am 13. d. M. daselbst stattgefundenen Gemeindevorstandswahl der Grundbesitzer Anton Burger aus Grasche mit Stimmeneinhelligkeit zum Gemeindevorsteher und die Besitzer Franz Bohinc aus Terboje, Johann Aljash aus Torovo, Johann Rossmann aus Grasche und Johann Feraj aus Flödnig zu Gemeinderäthen neuwählt wurden.

— (Central-Saatschulen.) Wie in den früheren Jahren kann auch heuer und in den kommenden Jahren aus den künstenländischen k. k. Central-Saatschulen eine Anzahl von Baumpflanzen, und zwar im ganzen 1.522.893 Stück, theils um die vom k. k. Ackerbauministerium bestimmten Preise, theils in berücksichtigungswürdigen Fällen unentgeltlich abgegeben werden. Um den vollen Tarifpreis werden an Private und Gemeinden Pflanzen nach Maßgabe des Vorrathes vom künstenländischen Forstinspector gegen Barzahlung abgegeben. Für Aufforstungen, bei denen das öffentliche Interesse betheiligt ist, wird die Ablassung von Pflanzen nach Maß des Vorrathes und die Hälfte der im Tarife festgesetzten Preise bewilligt. Im Interesse der Forstcultur können an mittellose Gemeinden und Waldbesitzer Baumpflanzen zu Aufforstungen auch unentgeltlich überlassen werden. Die Gesuche um Erlangung von Pflanzen sind an die k. k. Statthalterei in Triest zu richten. Unter den verfügbaren Baumpflanzen in der Gesamtsumme von 1.522.893 Stück befinden sich 1.080.847 Stück Nadelhölzer, 428.746 Stück Laubhölzer und 13.300 Stück Obstbäume.

— d. (Theater.) Die gestrige Aufführung der bekannten Operette „Blaubart“ von Offenbach vermochte das mäßig zahlreich versammelte Publicum nurtheilweise zu befriedigen. Die Thore waren total unzureichend und brachten keine einzige Ensemblestelle zur Geltung; wir müssen daher nolens volens wieder das alte Lied von der Ergänzung des Personales in dieser Richtung anstimmen, indem sich eine Operette mit drei Choristen absolut nicht mit Erfolg geben lässt. Auch die Ausstattung machte einen ungünstigen Eindruck und ließ die Absicht zu sparen verstimmt merken. Die Statisten traten in einem geradezu uncultivierten Zustand auf die Bühne. Herr Weiß gab sich mit seiner bekanntlich vorzüglichen Leistung als „Blaubart“ alle Mühe, konnte aber wegen Mangels an gehöriger Unterstützung nur stellenweise durchgreifen. Fr. Widemann war infolge der großen Anstrengungen der vorigen Woche etwas indisponiert, pointierte auch den Charakter der „Boulotte“ in den ersten Acten zu derb. Herr Weiß und Herr Mondheim wirkten recht heiter, nur blieb sich letzterer in der Rollendurchführung nicht ganz consequent.

Herr Director Ludwig, obwohl für die Partie des „Prinzen Saphir“ nicht passend, entledigte sich derselben doch mit ziemlichem Glück. Fr. Rabitsch (Hermia) war wieder ganz zufriedenstellend. Herr Paul sprach undeutlich. Das Orchester ließ sich wiederholte Fehler bei den Einsätzen zuschulden kommen.

— (Literarisches.) Der Sohn des bekannten deutschen Schriftstellers Levin Schücking — Dr. Adrian Schücking — ein junger, in Deutschland ausgebildeter Arzt, der den jüngsten orientalischen Krieg in seiner ersten Hälfte als angeworbener türkischer Militärarzt und infolge widriger, von ihm launig beschriebener Schicksale während der zweiten Hälfte in russischer Kriegsgefangenschaft mitgemacht und somit besser als mancher andere Gelegenheit hatte, die nationalen Eigenthümlichkeiten und zahlreichen Schatten- und Lichttheiten der beiden kriegsführenden Nationen aus eigener Anschauung kennen zu lernen, hat seine hiebei gemachten wechselseitigen Erlebnisse schriftstellerisch verwertet und in einem kürzlich bei Manz in Wien erschienenen Buche unter dem Titel „Türkische Erlebnisse und russische Schicksale. Geschichte eines Mitgenommenen“ niedergelegt. Die Schilderungen Dr. Schückings sind lebhaft und im Tone der Wahrheit gehalten und lassen in ihm einen aufmerksamen Beobachter erkennen. Wer sie liest, wird übrigens sofort erkennen, dass Dr. Schückings Urtheil zum mindesten von keiner schwärmerischen Vorliebe für einen der beiden kriegsführende Theile beeinflusst ist, insoferne nämlich, als beide — Türken wie Russen — in seinem Buche so ziemlich gleich schlecht wegkommen und so manche just nicht freundlich Klingende Wahrheit zu hören bekommen. Das in vieler Hinsicht sehr instructive und von der Verlagshandlung hübsch ausgestattete Buch dürfte jenen, die sich von dem großen Orientkriege ohne viel Mühe ein, allerdings nur sehr beschränktes Bild im kleinen zu verschaffen wünschen, eine interessante und zugleich unterhaltende Lecture bieten.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 17. November. Erzherzogin Christine ist mit ihrer Mutter und Gefolge nach Spanien abgereist. Der Kaiser und die anwesenden Mitglieder des Kaiserhauses waren auf dem Bahnhofe erschienen und nahmen rührenden Abschied. Der Kaiser und die Kaiserin reisten heute nach Gödöllö ab.

Der Wehrausschuss nahm die Regierungsvorlage unter Ablehnung aller betreffs der zehnjährigen Verlängerung des Wehrgegesetzes gestellten Amendements unverändert an. Czélik, Rechbauer und Schöffel meldeten Minoritätsvoten an.

Budapest, 17. November. Das Unterhaus nahm die bosnische Verwaltungsvorlage mit 188 gegen 169 Stimmen zur Grundlage der Specialsdebatte an.

Rom, 17. November. Cairoli und Depretis verständigten sich über alle Punkte des ministeriellen Programmes.

Malta, 17. November. Admiral Hornby kontrollierte den Befehl vom 12. d. M., dass die Flotte binnen vier Tagen sich zur Fahrt nach Osten vorbereite.

Wien, 16. November. (Mont.-Rev.) Die Herren Dr. Rieger, Fürst Georg Lobkowitz und Dr. Strom werden in den nächsten Tagen von Sr. Majestät empfangen werden, um die vom czechischen Club ausgearbeiteten Memoranden zu überreichen. Der Inhalt derselben berührt die Frage, wie die staatsgrundgesetzlich ausgesprochene Gleichberechtigung der Nationalitäten nach Ansicht der Partei im administrativen Wege noch weiter durchzuführen sei und insbesondere in Amt und Schule zur Geltung zu gelangen habe. Die Memoranden verlangen, dass Eingaben von den Amtmännern in der gleichen Sprache erledigt werden, dass in den rein czechischen Bezirken eine entsprechende Anzahl von czechischen Schulen errichtet und wie die deutschen auf Staatskosten erhalten, und dass in gemischten Bezirken Parallelklassen für die czechischen Schüler hergestellt werden. Die Universitätsfrage wird nur gestreift und diesbezüglich der Wunsch ausgesprochen, dass weniger Ausländer an die Prager Universität zu berufen und einige Lehrkanzeln mit czechischen Unterrichtssprachen zu creieren seien. Die Memoranden dürften dem Ministerium zur Prüfung und Amtshandlung überwiesen werden.

Agram, 17. November. (Triester Ztg.) Der Cassationshof hat in der heutigen öffentlichen Sitzung das gegen den gewesenen Polizeidirector von Mostar gefällte Urtheil der ersten Instanz kassiert und Urca von der Anklage freigesprochen.

Berlin, 15. November. (M. Wr. Tagbl.) Der Domänenmeister Walujew wird als der künftige russische Vicekanzler bezeichnet. Fürst Gortschakow würde daneben kurze Zeit noch amtieren. — Der Zustand des Fürsten Bismarck hat sich bedeutend gebessert. Die ärztliche Untersuchung ergab die Grundlosigkeit der Besürchtung, dass Bismarck an Verfettung des Herzens leide.

Misch, 16. November. (Disch. Ztg.) Die Thronrede constatiert Fortschritte und stetige Entwicklung. Die Großmächte anerkannten die Unabhängigkeit Serbiens. Mit Belgien sind regelmäßige Beziehungen angeknüpft, die Beziehungen mit den Nachbarstaaten seien gut. Die serbische Kirche sei eine autokephale geworden. Die neue Grenze sei vortheilhaft. Mit England, Italien, Russland, der Schweiz und Belgien seien Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen. Weitere

Berträge sind bevorstehend, mit Italien ein Reciprocitysvertrag, betreffend die Jurisdiction und Auslieferung der Verbrecher. Das innere Programm umfasst: Regelung der Agrarzustände Neusiebiens; Neorganisation des Cultusministeriums; Errichtung von Elementarschulen und einer Militärschule; Entwicklung der Nationalbank; Regelung des Sanitätswesens. Die Prüfung der Tracierung der Eisenbahnen sei beendet, und werden mit den Nachbarstaaten Verhandlungen betreffs des Anschlusses gepflogen. Der Fürst wurde enthusiastisch empfangen.

Constantinopel, 14. November. (M. fr. Pr.) Aleko Pascha ist gestern abends hier angekommen. Vor seiner Abreise löste er die gymnastischen Gesellschaften zum größten Missvergnügen des panislavischen Comites auf, welches sich zu einer Sitzung zusammenfand, die sehr stürmisch war und an welcher Fürst Tscherelew teilnahm. Das Comité fügte sich der Maßregel, beschloss jedoch, die Errichtung von Reserven für die Localmiliz zu verlangen. Graf Zichy wird morgen von dem Sultan in Privat-Audienz empfangen werden. Große Sensation verursachte bei der Pforte die Nachricht von neuen Ordres, welche neuerdings dem Admiral Hornby zugekommen seien, um sich mit der Flotte zur Abfahrt nach den türkischen Gewässern bereit zu halten. Man glaubt, dass ein Ministerwechsel unmittelbar bevorstehe.

Telegraphischer Wechselscurs

vom 17. November.

Papier - Rente 68.— Silber - Rente 70·65.— Goldrente 79·80.— 1860er Staats-Anlehen 127·50.— Bank-Aktionen 833.— Credit-Aktionen 266·50.— London 116·60.— Silber —. k. k. Münz - Ducaten 5·54.— 20 - Franken - Stücke 9·32.— 100-Reichsmark 57·75.

Wien, 17. November, 2¹/₂ Uhr nachmittags. (Schlusscurs.) Creditactien 266·30, 1860er Rose 127·50, 1864er Rose 155·— österreichische Rente in Papier 67·97, Staatsbahnen 262·75, Nordbahn 228·— 20-Franzenstücke 9·32 türkische Rose 17·50, ungarische Creditactien 253·— Bloydactien 614·— österreichische Anglobank 133·60, Lombarden 79, Unionbank 92·10, Comunalanlehen 116·— Egyptische —, Goldrente 79·80, ungarische Goldrente 94·10. Ruhig.

Angekommene Fremde.

Am 17. November.

Hotel Stadt Wien. Renker, Waschner, Mraulat, Käste, und Langguth, Reis, Wien — Fünf, Höfleier, und Boldmann, Graz — Salzer, Käst, Gottschee — Pipp, Geschäftsmann, Sapiane — Polak, Käst, Triest — Spitzer, Käst, Agram — Mally, Käst, Neumarkt. Hotel Elephant. Rothchild, Käst, Wanische — Bolzer, Käst, Wien — Schusteritz, Käst, Steinbüchl — Demicher, Eisen — Krause, f. k. Steuerinspector, Stein — Scheibl, Triest — Dr. Kosirni, f. k. Frau, Agram. Sternwarte. Petrić, f. k. Adjunct, Littai. Bayerischer Hof. Kraft, Thierarzt, und Neumiller, Baumeister, Neumarkt — Rodde, Stein — Subic, Beamter. — Peterhauz, f. k. Steueramtsadjunct, Nassensüß. Kaiser von Österreich. Reyer, f. k. Finanzexpresident, Gurlsd. Wohren. Blazek, Lieutenant, Bosnien — Tomc, Weber — Lubai, Cilli — Dollenz und Elisabeth Petrić, Krainburg.

Verstorbene.

Den 16. November. Maria Bassler, Amtsdienerswitwe, 75 J., Trubergasse Nr. 2, Gehirnschlag. — Josef Triznar, Rauchfangkehrerstochter, 13 Mon., Biegelstraße Nr. 9, Triesten — Leopold Urbanja, Dienstbotensohn, 2 Tage, Karl-Jägerstraße Nr. 12, Lebenschwäche. — Ernestine Petrik, Orgelbauerstochter, 18 Tage, Petersstraße Nr. 60, Brechdurchfall. Den 17. November. Giacomo Negro, Schleifer, 57 J., Bahnhofsgasse Nr. 23, Herzschlag. — Gertraud Kautz, Einnehmersgattin, 73 J., Triesterstraße Nr. 20, Herzschlag nach Hydrops. — Johann Ferencic, Fabritsarbeiter, 29 J., Petersstraße Nr. 45, Lungentuberkulose.

Im Civilspitale:

Den 15. November. Josef Kunzl, Arbeiter, 41 J., Tuberculosis pulmonum. Den 16. November. Elisabeth Cesnak, Inwohnerin, 77 J., Marasmus senilis. — Simon Blazevic, Arbeiter, 50 J., Erysipelas. — Theresia Tomazin, Inwohnerin, 46 J., Cachexia-syphylis.

Im Garnisonsspitale:

Den 17. November. Anton Hirz, Infanterist des f. k. 27. Infanterieregiments, 22 J., Dieldarmverschwartung.

Theater.

Heute (gerader Tag): Niniche. Possenspiel mit Gefang in 3 Acten von A. Hennequin und A. Millaud. Musik von Kapellmeister Anger.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Zeit	Beobachtung	Barometerstand auf 1000 f. reduziert	Gittertemperatur auf Celsius	Wind	Wolken	Regen	Gebrochene Sonne 24 Std. in Millimeter
7 u. Mg.	735·36	— 7·0	Ö. schwach	fast heiter				0·00
2 " R.	735·75	+ 0·3	ÖW. schwach	theilw. heiter				
9 " Ab.	738·70	- 4·0	Ö. schwach	heiter				

Sonniger Tag, sternenhelle Nacht. Das Tagesmittel der Temperatur — 8·5°, um 6·9° unter dem Normale.

Berantwortlicher Redakteur: Ottomar Bamberg.

DER BAZAR

Nr. 22 vom 15. November 1879
ist hier eingetroffen und wird versendet. — Bestellungen auf den „Bazar“ übernimmt und beorgt pünktlich
Jg. v. Kleinmayer & Fed. Bamberg's
Laibach. Buchhandlung.